

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, W. 18, Holbeinstr. 48

Preis pro Nummer 1.40 M., im Voraus 1.20 M. Familienpreis 1.20 M. — Für unentgeltlich geschickte, sowie durch Fernsprecher angegebene Bezüge werden die Verantwortlichen für die Richtigkeit der Angaben nicht haften

Sächsische Volkszeitung

Abzugspreis: Vierteljährlich in der Reichshauptstadt oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. 10.20 M. Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Post Ausgabe A 10.05 M., Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Erscheinungsbild der Redaktion: 11 bis 13 Uhr vorm.

Abzugspreis: Vierteljährlich in der Reichshauptstadt oder von der Post abgeholt Ausgabe A mit Illustr. 10.20 M. Ausgabe B 9.45 M. In Dresden und ganz Deutschland bei Post Ausgabe A 10.05 M., Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Erscheinungsbild der Redaktion: 11 bis 13 Uhr vorm.

Parteien und Volkswohl

Von unserem parlamentarischen Vertreter im Reichstag wird und geschrieben:
Der erste Tagungsabschnitt des neu gewählten republikanischen Reichstages ist zu Ende. Es ist verlockend genug, an den Verlauf dieses kurzen politischen Abschnittes gewisse politische Betrachtungen anzuschließen. Dem Standpunkte des erfahrenen Parlamentarikers aus Leipzig schon diese wenigen Tage allerdings genug Material zur Beurteilung der politischen Gesamtsituation geliefert. Die erste Frage, die sich ein nüchtern urteilender Parlamentarier und Politiker von vornherein stellt, ist die: Haben wir gegenüber dem bisherigen Zustand etwas gewonnen? Diese Frage führt notwendig, da das Ziel allen Schaffens und Arbeitens, also auch das Ziel der Arbeit in der Politik immer darauf gerichtet ist, etwas gegenüber dem bisherigen Zustand Besseres zu schaffen, zu der weiteren Frage: Ist es in unserem politischen und parlamentarischen Leben besser geworden wie vorher?

Das Ziel der Arbeit der Menschen ist oder soll es wenigstens sein, das Glück der Menschen. Darüber allerdings, was der eine oder der andere unter dem Glück versteht, und mit welchen Mitteln und in welchen Formen es angestrebt oder erreicht werden soll, gehen die Meinungen auseinander. Im wirtschaftlichen, sozialen und politischen Kampf kristallisiert sich dieser Meinungsstreit. Seine Hauptstütze ist in der vollendeten Form des Parlaments. In seiner Zusammensetzung und in der Verteilung der politischen Gruppen spiegelt das Parlament die Stimmungen im Lande wieder, und der Parlamentshaushalt wird zur Zeitscheibe für das ganze Land. Das dem so ist und so sein muß, hat Fortschritt und Nationalität. Parteien, die sich ihrer Verantwortlichkeit dem Volke gegenüber bewußt sind, werden die politische Arena im Parlament zum Kampfe für das Volksganze sich dienstbar zu machen wissen. Andere Parteien aber ist diese Arena nichts anderes als eine Agitationsstätte, als eine Gelegenheit, die Methoden von demagogischen Wahl- und Volksversammlungen in den vom ganzen Volke ausgeschlossenen Verhandlungsstufen hineinzutragen. Die einen haben den Mut zur Verantwortung, die anderen drücken sich geflüstert vor ihr, nur um nicht mit Rechtfertigungsmaßnahmen beschwert zu werden, unter denen die Kraft und Macht und vor allen Dingen die Jugend, je nach Lage der Dinge einschüchternde oder aufpeitschende Wirkung der Phrase leiden könnte.

Der erste Tagungsabschnitt des neuen Reichstages hat nun in diesen Dingen recht eigenartige Erkenntnisse zutage gefördert, die aber in Grunde nur denjenigen zu überraschen geeignet waren, der selbst von Illusionen befangen ist. Wer geglaubt haben sollte, daß die Reichsparteien, einmal vor die staatlichen und nationalen Verantwortlichkeiten gestellt, ihrer selbstverständlichen Staatsbürgerlichen und staatspolitischen Pflichten und Verantwortlichkeiten sich bewußt würden, läßt sich jetzt natürlich empfindlich getäuscht. Ja, wie haben es sogar erleben können, daß die Unabhängigen, die bei alledem die transzente Rolle spielen, sich im selben Augenblick aus dem Kampfe zurückgezogen haben, als es möglich war, auf geradem, legitimen Wege die politische Macht selbst zu erhalten und sie zu nutzen. In dem Augenblick treten die Unabhängigen, die ja ihren ganzen Kampf auf die Erreichung der politischen Macht abzielten, feige den Rücken zu der gerade eintreffenden Frontlinie rückwärts in die Deklamationslinie des parteipolitischen Kampfes an. Mit dem Zeitpunkt freilich, mit welchem die Radikalen gewonnen werden, in geschmeidigen geordneten Bahnen ihre Theorien in die Praxis umzusetzen, müssen sie ja schließlich aus ihrer Negation heraus und in das Gebiet praktischen Schaffens über-treten, und sie würden dann nichts anderes als die Unfähigkeit ihrer Agitation und damit ihrer Partei selber zu geben müssen. Die Unabhängigen leben aber nun einmal von der Verführung und Verwirrung. Die wenigen Tage der jetzigen Reichstagstagung haben eine Fülle von geradezu grotesken Beispielen ans Licht gefördert, die zeigen, daß die Unabhängigen jede Gelegenheit benutzen, um ihre Handwuchelnden an den Mann zu bringen. Sie hüpfen sich so ganz und gar von jedem Verantwortlichkeitsbewußtsein los, daß sie glauben, sich solche Klownspässe, wie die Einbringung eines Reformgesetzes gerade bei der jetzigen Lage anzunehmen zu sollen glauben, leisten zu können. Sie hatten ein kindliches Vergnügen, wenn sie wieder einmal gegen etwas gestimmt hatten, wofür die Reichssozialisten eintraten. Dann hänselten und reizten sie ihre Nachbarn von der abgeklärteren Contour wie die Schalken. Die ganze Politik der Unabhängigen bei den bisherigen Reichstagshandlungen war immer nur darauf abgesehen, dem Reichssozialisten nach Möglichkeit ein Bein zu stellen. Man weiß ja, daß sehr viele Reichssozialisten mit dem ausgesprochenen Willen in den neuen Reichstag hineinkamen, unter allen Umständen eine Einigung mit den Unabhängigen herbeizuführen. Die wenigen Tage der bisherigen Zusammenarbeit haben aber, wie auch schon der „Vorbericht“ selbst zeigt, alle diese eines Reichers, nämlich dahin befehrt, daß an den Unabhängigen Hopfen und Wally verloren, und daß mit solchen Agitationspolitikern praktisch nicht zu arbeiten ist.

Es ist ein Unglück für das deutsche Volk, daß es in einem Zeitpunkt, in welchem die Leitung seiner politischen Geschicke, noch zumal unter dem parlamentarischen System von Parteien bestimmt werde, die keinen entschlossenen Willens sind und die den Mut zur Verantwortung haben, politisch ein so kleines Geschlecht sind. Wir gehören nicht zu denen, die das parlamentarische System um seines Namens willen in Grund und Boden demnieren, wir gehören auch nicht zu den blinden Anhängern des früher herrschenden politischen und Regierungssystems. Aber das kann man doch aussprechen und als alter Parlamentarier und Politiker halte ich mich geradezu für verpflichtet, zu sagen, daß wir bei unserer heutigen politisch, sozial und wirtschaftlich verfahrenen Lage für das parlamentarische System nicht viel sind. Aber es ist auch nicht richtig, wenn man sagt, daß das Volk sei nicht reif hierfür, diese Charakteristik trifft vielmehr auf gewisse Parteien zu. Und wenn man soviel von der politischen Unreife des Volkes spricht, so gebietet die Gerechtigkeit, festzustellen, daß an dieser gerade diese gewissen Parteien und ihre engstehenden Parteimitglieder mit einem großen Teil der Schuld tragen.

Unser deutsches Volk ist drauf und dran, an der parteipolitischen Engherzigkeit, wie sie von links und insbesondere von den Radikalen, betrieben wird, zugrunde zu gehen. Es ist eine überaus schmerzliche Tatsache, daß viele Millionen unserer Volksgenossen im Erbann dieser Parteigruppen zu bilden, sich bereit gefunden haben. Das ist auch ein Zeichen dafür, daß die Erkenntnis unserer Lage auch heute noch nicht in weitere Volksschichten so weit eingedrungen ist, wie es notwendig wäre. Wir müssen die Dinge heute nicht mit dem parteipolitischen Gesichtswinkel messen. Wir müssen Herz und Sinn freimachen, wir müssen den Mut in die Waagschalen und von jeder Partei aus unsere Lage überschauen, um, geleitet von großen Ideen und Gedanken, die gleichenden Wege zu erkennen, die wir betreten müssen, wenn wir die Höhen gewinnen wollen. Dann werden auch das Zusammenstoßen aller um die Macht willen schmerzlichen Kämpfe, in welchem Parteiführer sie sich finden. In allen Fragen, in denen es um Wohl und Wehe des Volksganges und damit um das Glück eines jeden einzelnen unter uns geht, müssen wir uns den Parteieinrichtungen heraus. Es ist gewiß für viele nicht leicht, sich zu diesem höheren Standpunkte aufzufingern, aber wir müssen dahin kommen, wenn wir uns nicht selbst gefährden und zugrunde richten wollen.

Das neue Berlin *)

Von Viktor Adolf Gottwald-Berlin, M. d. pr. 2.

8 Städte, 59 Landgemeinden und 27 Ortsteile werden vom 1. Oktober d. J. an ein neues Berlin bilden. Mit 877 Quadratkilometer Fläche ist Berlin die ausgedehnteste Stadt der Erde und übertrifft acht deutsche Staaten an Größe. Seine Einwohnerzahl von 3.806.000 Köpfen weicht nur hinter der Preussens, Danemarks und Sachsens zurück; Württemberg und Hessen zusammen erreichen diese Zahl nicht.

Das neue Berlin stellt demnach den Versuch dar, ein ganzes Land nach den Grundsätzen der Städteordnung zu verwalten. Es ist nicht zu erwarten, daß dieser Versuch gelingt. Deshalb ist es schwer verständlich, wie teilnahmslos man überall in Deutschland, Berlin selbst eingeschlossen, die Beratung und das Inkrafttreten des Gesetzes über sich ergehen läßt. Es handelt sich bei der Schaffung Neu-Berlins um ein Musterbeispiel neuerzeitlicher, und zwar nicht bloß sozialdemokratischer Regierungspolitik. Staatsrechtler Freund der des Gesetzes mit Nachdruck vertrat, geht über 20 Jahre dem preussischen Ministerium des Innern an. Die Demokraten Kassel und Posen waren die wirksamsten Vertreter des neuen Berlin; ihrem überaus großen Einfluß gelang es, die Mehrheit der Demokraten an die Seite der Sozialdemokraten zu bringen und so dem Gesetz zur Annahme zu verhelfen. Dann aber schloß Berlin für Deutschland eine so hervorragende Bedeutung, daß sein Schicksal für die Zukunft Deutschlands ausschlaggebend sein kann. Die Behauptung Berlins ist eine Gefahr für Deutschland. Wenn aber ist gefährdet; die Gefahr für Deutschland besteht. Dies darzulegen ist der Zweck der nachstehenden Zeilen.

Das alte Berlin und seine Vororte haben eine glänzende Entwicklung hinter sich. Sie ist zu einem Teil Verdienst der Gemeindevormaltungen. Freilich wird man dieses Verdienst nicht immer einschätzen, wenn man bedenkt, daß „Groß-Berlin“ etwa ein Drittel der Einwohner Preussens umfaßt und rund ein Drittel der Staatsbevölkerung Preussens umschließt. Mit vollem Recht läßt sich behaupten, wirtschaftlich, was daher an Gründen für die Bekämpfung der alten Gemeindevormaltungen angeführt wird, sind nicht Maßgebend, sondern die allgemeinen Entwicklung, sondern im weitestlichen Umfange die Bevölkerung sind erfüllt; die Armenverwaltungen liegen in höchstem Maße in der Schulpflege, die Schulverwaltungen sind ein Mißstand. 16 Schüler des Bogenbans, die sich auf sechs Vororte Berlins verteilten, konnten nicht an dem Kurus der 32 Berliner Schüler teilnehmen. Solche weltwidrige Zustände sind in der Veränderung des Gebietsbereichs mehrfach angeführt. Eine der beständigen Aufgaben bildet die Verdrängung des Gemeindevormaltens und damit der Leistungsfähigkeit der einzelnen Gemeinden. Aber das Reichsstatistikamtvermerk bezieht einen guten Teil dieses Unfallsandes. Die Vereinfachung des Reichs-Statistikamts war schon durch die Tätigkeit des vor wenigen Jahren gegründeten Reichsstatistikamtes gelungen.

Man kann kaum, daß es den früheren Gemeindevormaltungen nicht gelang, vielleicht auch nicht daran zu tun war, einen einheitlichen

*) Aus Nr. 1 der „Christlichen Politik“, Wochenblatt für deutsche Kultur und nationale Staatsauffassung, herausgegeben von Dr. Alfred Geiger-Berlin, verlegt von F. Kornacker in Hildesheim.

Berliner Bürgerkrieg zu werten. Niemand suchte den eigenen Vorteil im allgemeinen Augen; man sah die lächerlichsten Streitigkeiten mit einem Mißtrauen von Arbeit und Geld durch. Millionen sind unruhig veranlagt worden (Begründung des Eigenwunsches), weil man den Nachbar keinen Kritik an der eigenen Entwicklung zugehen wollte, weil man bereitwillig großen Schaden auf sich nahm, wenn nur der Wettbewerb darunter zu leiden hatte. Betrüger Schmeichler war doppelte Freude. Das ist um so bemerkenswerter, als alle Gemeindevormaltungen in den Händen links gerichteter Männer lagen, also weder Politik noch Weltanschauung die Verhinderung rechtfertigen.

Diese liberale Unfähigkeit zum Zusammenfassen der Kräfte ließ den Ruf nach dem starken Arm des Staates immer lauter werden. Bedauern zu der natürlichen Bewilligung zu der Verwirklichung aus Gerechtigkeit, Verantwortungsgefühl, Gemeinlichkeit, alles aus freiem Entschluß, sollte gänzlich. Man erzwang die Einheit und ließ sie bloß dadurch gewährt, daß alle Verwaltungsgewalt an einer Stelle vereinigt wird. Damit gelangt man aber zu Verwaltungseinrichtungen, wie sie etwa im Staate Preußen des Großen bestanden: eine zentrale Stelle entscheidet, Handlungen befehlen die Kreisämter. Die Wirkung der 225 Stadtverordneten schloß keine Selbstverwaltung. Die Verwaltung ist viel zu groß, um die Einwirkungen einer solchen Selbstverwaltung heraus und darüber entscheiden zu können; sie vermag nur allgemeine Grundzüge anzudeuten, alles übrige nicht dem Provinzialparlament überlassen. Die Provinzialparlamente sind dabei noch vollständig Parteien gebunden; die Parteiführer sitzen an den entscheidenden Stellen; den Mittelstellen nicht Nebenstellen sind das Ganze. Einmal ins Einzelne: sie sind Unvollkommenheiten und Parteigattungen. Die neue Berliner Stadtverwaltung ist nicht nur durch den Einfluß der „Köffe“, sondern auch durch den Ideal der sozialistischen Unabhängigen.

Man kann verstehen, daß die Sozialdemokratie der Reichsregierung der Stadtverwaltung fröhlich zustimmt; erachtet sie doch von dieser Konzentration soziale „Gerechtigkeit“, d. h. Gleichheit. In Wirklichkeit ist es eine unerbittliche Unterdrückung sozialer Werte, die in Sonderinteressen gebunden werden, damit die Reichsregierung den freien Willen in die Hände einer Interessengruppe abgeben werden kann. Die Unterdrückung der Demokratie ist nur aus ihrer Erkenntnis von der völligen Unfähigkeit der früheren liberalen Verwaltung für die Lösung der allgemeinen Aufgaben zu erklären. Sie geht dabei über die Geschehnisse der Jahre 1806 bis 1810 hinweg. Der Staat Preußens des Großen brach zusammen, weil er die Kräfte seiner Bürger nicht zu entwickeln vermochte; Rettung war die Bildung des „Parlamentes“ durch Teilnahme an der Verwaltung eines absoluten Herrschers. Das heutige Berlin bleibt hinter dem Staate Preußens an Größe und Macht nicht weit zurück; an Bevölkerungsfähigkeit der Verwaltung übertrifft es ihn bei weitem. Es muß düstern wie dieser.

Dabei bildet diese Zentralisation der Verwaltung nur einen Teil der Wandel des neuen Berlin. Fast noch bemerkenswerter wird sich die Einwirkung der Verwaltungsstruktur und die Abgrenzung ihrer Verantwortung bemerkbar machen. Das heutige Berlin ist durch die 20 Bezirksverwaltungen sehr zu Unrecht zersplittert. Diese Bezirksverwaltungen können weder Einfluß noch Verantwortung. Sie sollen „im Rahmen der von dem hiesigen „Kommunalrat“ aufgestellten Grundsätze über alle Angelegenheiten des Bezirks berichten“. Damit sind sie Sachwalter der Anordnungen des Reichs gegenüber der Reichsregierung mit der Aufgabe der aus ihren Vorarbeiten entstehenden Kosten haben sie nicht zu zahlen. Es müßte sonderbar werden, wenn sie nicht in ganz unerklärlichen Umständen gelassen würden; dazu wird sie schon die Möglichkeit auf die Wähler veranlassen. Dem Reichsstatistikamt bleibt es in allen Fällen vorbehalten, die Verteilung von Reichsgeldern der Bezirksverwaltung ... zu veranlassen. Davon wird er reichlich Gebrauch machen müssen; er wird ja in Zukunft nicht gerade im Gebiete schwimmen. Die ungleiche Verteilung der Reichsgelder zwischen Reichs- und Bezirk. Damit wird aber aller kleinste Gemeinlichkeit von vornherein untergraben. In Eisensteinen hat der Reichsstatistikamt, wie wohl aber an Erhöhung der Ausgaben. Für keine Maßnahme braucht er keine Verantwortung zu übernehmen; wenn die Maßnahme die Reichsregierung nicht verhindert, ist das seine Schuld. Wo aber Gemeinlichkeit und Verantwortlichkeitsgefühl mangelt, wird jede Selbstverwaltung unmöglich. Man hat die Bezirksverwaltungen Schwächen bemerkt. Es wäre der glücklichste Fall, wenn sie dieser harten Preussens entsprechen und Zusammenfassen selbstständiger Verantwortlicher wären.

Dieser Streit wird durch die verdrängte politische Richtung in den Bezirken verdrängt. Von den 20 Verwaltungsbezirken werden 7-8 hingerichtet; 2-3 unabhängige, die übrigen gemeinlich-sozialdemokratische Reichsregierungen anweisen. Die Zentralverwaltung ist gemeinlich-sozialdemokratisch. Aber die Unabhängigen haben nicht bloß zahlenmäßig die Mehrheit (87 : 39), im ganzen 126 sozialdemokratische Stadtverordnete gegen 20 hingerichtete; die Berliner Reichsstatistikamtverwaltungen sind gar nicht unabhängig, sie schmeicheln vielmehr dem Reichsstatistikamt der unabhängigen Mehrheit. Das ist über der richtigen Grösse radikaler deutsch-nationaler Parteilinie. Die Sozialdemokraten waren früher von der Regierung und Verwaltung, auch in den Gemeinden ausgeschlossen. Da sie also keine Regierungsvertretung besitzen, müßten ihre Regierungsverträge ungeschickt ausfallen, ganz abgesehen davon, daß sie erst noch manches unbrauchbare Stück ihrer sozialistischen Parteipolitik überfordern müßten, wenn sie nicht an den harten Reichsstatistikamtverwaltungen loszukommen wüssten. Die Unabhängigen, um nicht zu sagen: Unfähigkeit einer sozialistischen Regierung laudieren nahezu jedermann ein. Die Folge mußte eine Abkehr von der Sozialdemokratie sein. Die ist eingetreten und hat die Sozialdemokraten wüßig gemacht, so daß sie nicht mehr mitarbeiten, sondern wie früher kritizieren wollen. Dabei aber haben die maßlosen Überhebungen und verdrängten Vermutungen durch die Reichsparteien die Parteimitglieder aufgeweckt. Der Verlust der Reichsstatistikamtverwaltungen sind deshalb nach links. Berlin selbst vom 1. Oktober an infolge des staatsmännlichen Willens anderer Reichsstatistikamtverwaltungen eine unabhängige Verwaltung, es ist 22 Stadtverordnete der Reichsstatistikamtverwaltungen, wie im alten Berlin, oder nach dem großen Siege 68 im neuen ist bekannt.

Von früheren Reichsstatistikamtverwaltungen hatte der Staat einige Lambert Varnhagen, Stadtrat, Amts- und Grundbesitzer und sonstige Beamte teils zu befähigen, teils zu ernennen. Das fällt im neuen weg. Die Sozialisten setzen ihre Vertrauensleute ein. Der Staat hat keinen Einfluß mehr auf die Berliner Verwaltung. Diese aber verdrängt den freien auf den Staat. Nun hat Berlin im